

Halle'sche Zeitung

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Halle'scher Courier.)

Nummer 186.

Halle, Freitag, 10. August 1888.

180. Jahrgang.

Insertionszettel für die halbjährliche Halle oder deren Raum für Halle u. Magdeburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf.
 Anzeigen am Schluß des Monats pro Seite 40 Pf.

Monatlich 3 Mark. Die halbjährliche Ausgabe 11 1/2 Mark. Die vierteljährliche Ausgabe 6 Mark.
 Anzeigen am Schluß des Monats pro Seite 40 Pf.

Zur ersten Ausgabe gehört: die Lotterieliste vom 8. August.

Halle, den 9. August. Der Kartellstreit.

Von v. Nordhoff-Stein *

Die Aufrechterhaltung des konservativ-nationalliberalen Kartells für die Landtagswahlen ist innerhalb der letzten Wochen so vielfachen Erörterungen in der Presse unterzogen worden, daß ein Wort über die Gestaltung unserer politischen Parteien, wie sich dieselben in unsern parlamentarischen Leben bisher entwickelt haben, vielleicht dazu beitragen kann, manche Mißverständnisse zu beseitigen, welche neuerdings ein geräuschliches Zusammenwirken der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Fraktion zu führen und zu hindern drohen.

Unsere politischen Parteien in ihrem heutigen Bestande sind noch immer im Wesentlichen das Produkt ihrer Verjüngung der streng monarchischen und der parlamentarisch-constitutionellen politischen Richtung, die im Jahre 1866 das glückliche und gegenseitige Ergebnis der gewaltigen Ereignisse war, mit welchen die nationale Wiedergeburt unseres deutschen Vaterlandes sich zu vollziehen begann.

In der vorher liegenden Konstituentsperiode war die Erörterung und der Satz unter den politischen Parteien um einen Grade getrieben, daß der sociale Verkehr zwischen denselben vollständig aufgehört hatte, eine ganz natürliche Folge der gegenseitigen Evidenz, die politischen Gegner ungefähr als Staats- und Landesverräther zu betrachten und zu behandeln. Und thätigstei waren konservativ und liberaler jeder Zeit in ihren Anschauungen durch eine viel weitere Kluft getrennt, als heutzutage. Unter den Konservativen war die Zahl derer keineswegs gering, die nur in der vollständigen Beseitigung der Verfassung — der Charta Salve — die Rettung und das Heil des Vaterlandes erblickten, und in der Majorität der Liberalen war die Forderung einer parlamentarischen Majoritätsregierung nach englisch-belgischem Muster, ein Gedanke, der heute nur noch in den Köpfen des extremsten Freiheitskämpfers, das bewußte und anerkannte Ziel aller liberalen Parteistrebungen. Welch ein Umsturz in der öffentlichen Meinung ist in jenen beiden Schichten, die selber hinter uns liegen, erfolgt? In der konservativen Partei denkt heute Niemand mehr an den Umsturz der Landesverfassung — man hat begriffen und erfahren, daß die Verfassung dem Vaterlande, dem geschichtlichst Abwehrkommen den weitaus wirksamsten Schutz gegen jede Verengung von unten oder von oben gewährt. Andererseits hat die große Mehrheit der liberalen Partei von den Verheerungen nach Herstellung einer parlamentarischen Majoritätsregierung sich ganz unabweislich losgerissen und anerkannt, daß die Kontrolle der Verwaltung, wie sie über parlamentarische Körper ausübt, daß das konstitutionelle Recht der Bewilligung neuer Ausgaben und der Zustimmung zu neuen Gesetzen, einer stabilen, in den Traditionen der hochverehrlichen Herrscher gestützten Regierung gegenüber, eine weit stärkere Bürgschaft für eine gesunde freisinnige Entwicklung und eine politische Machtentfaltung des deutschen Vaterlandes bietet, als jene wackelnden Parteiregierungen der Parlamentsmehrheiten anderer Länder mit ihrem unabweislichen Gefolge einer immer intensiveren Korruption der regierenden und der regierten Klassen des Volkes.

Diese große Annäherung, die in den Grundanschauungen der konservativen und der liberalen Parteien in Preußen und im ganzen deutschen Vaterlande sich vollzogen hat, schuf die ganz natürliche Bundesgenossenschaft, welche in dem Kartell der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei bei den letzten Reichstagswahlen ihren energischen Ausdruck fand, als es galt, Europa zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht nur einmütig war, jeden Mann und jeden Großen zur Verhinderung seiner Grenzen hinzugeben, sondern daß es auch entschlossen war, dem Auslande zu zeigen, daß es ein so volles Vertrauen in die Leistung unserer auswärtigen Politik setze, um die Vorklänge der verbündeten Regierungen für die ungenügende Verklärung unserer Weltkraft als eines jenen Waffen anzunehmen und um namentlich jede Einschränkung der Selbstkraft, für welche jene Regierungen gelten sollten, abzulehnen. Es sollte auch nicht der leiseste Gedanke daran aufkommen können, daß wackelnde Parlamentsmajoritäten in kurzer Zeit wieder ein Einfluß auf die qualitative oder quantitative Aufschwüfung der Weltwirkung ermöglicht würde.

Nachdem dieses große Ziel nun glücklich erreicht, standen den bevorstehenden Landtagswahlen gegenüber sowohl die am weitesten nach links neigenden Nationalliberalen, als die am weitesten nach rechts gravitierenden konservativen als Kartell-fürden und die alten Fraktionsgenossen erneuert zu sollen. Die Aufgaben des Bundeszuges, so wird bedürftig, seien ganz verjüngt, die Landtagswahlen, die Verjüngtheit der Auffassungen in Bezug auf Aufgaben der inneren Verwaltung, der kirchlichen, der Schulpolitik u. s. w. sei im Landtage in der konservativen und nationalliberalen Partei eine viel tiefere,

um nicht jeder Partei es nahe zu legen, hier vor allen Dingen die Meinungen der eigenen Fraktion zur Geltung zu bringen.

Diese Verjüngung, die bestehende Bundesgenossenschaft ad hoc zu lockern und zu untergraben, bergen eine große Gefahr in sich, die Gefahr nämlich, die Annäherung, die Fraktionspolitik unter den Parteienwahlen wieder neu zu beleben, unter dem unglücklich kurzfristigen Gesichtswinkel, es handle sich ja nicht um große nationale Interessen und Ziele, sondern nur um häusliche preussische Privatigkeiten! Als ob eine solche Verjüngung nicht auch für die kommenden Reichstagswahlen ihre Folgen haben müßte! Als ob im preussischen Abgeordnetenhaus ungefragt eine kleinliche Fraktionspolitik getrieben werden könnte, ohne irgend einen Einfluß auszuüben auf das Verhalten der Parteien im Reichstage zu einander und zu den verbündeten Regierungen!

Zu den Wahlen in Halle.

Aus Halle schreibt man der Köln. Ztg., wie wir glauben, etwas indiskret:

Das Wahlbündnis der bisherigen konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei, welches kürzlich bekannt geworden, ist noch keine endgültige Abmachung, sondern beruht auf einem vorläufigen Zusammenkommen, welches die Wähler bei den Wahlen für die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus getroffen haben. Die Genehmigung durch die Generalversammlung der Parteimitglieder steht noch aus, doch besteht kein Zweifel, daß ihre Beschlüsse sich von den Vorlesungen getroffene Beschlüsse befähigen werden. Von den bisherigen Vertretern des hiesigen Wahlkreises, dem nationalliberalen Heiberg und dem „liberalen“ Stöberer, ist nur Professor Dr. Friedberg wiederum angeführt worden. Neben vielen hat man den freikonservativen Oberbürgermeister Dr. P. von Koch in Aussicht genommen. Die Verhinderung der freikonservativen, das hier abgetheilte Kartell konnte nicht finden, das hat den Herrn Stöberer ein konservativer Nachbarn „Herrn Glaubens in das Abgeordnetenhaus rufe, ist demnach wohl nicht gewollt.

Das man auf der einen Seite keinen extremen Kandidaten aufstellt, wenn man einer solchen auf der anderen fällen läßt, hätten sich die Freijünglinge von vornherein sagen können. Wir begrüßen die Wahl der beiden Kandidaten; sie wird volle Genugthuung bei den Wählern der drei verbündeten Parteien hervorruhen.

Politische Mittheilungen.

* Kaiser Wilhelm unternahm gestern Morgen eine anberthshändige Ausfahrt und empfing später im Berliner Schloße die lautenden Vorträge. Demnächst arbeitete der Monarch noch längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts und fehrte um 12 1/2 Uhr nach Potsdam zurück.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vertheidigt gegenüber dem „Brüsseler „Nord“ ihren Standpunkt in der Majana-Angelegenheit, welcher dahingehet, daß die Schuld an der zwischen Italien und Frankreich herrschenden Spannung lediglich der französischen Eifersucht und Verhinderung zur Last falle, wobei das in Brüssel erscheinende russische Intereffenorgan meint, Italien habe an dem Vertriebsseinen großen Theil und man solle sich von beiden Seiten freisetzen. Die früheren herzlichen Beziehungen wider herzustellen. Die Frage, ob dies möglich ist, glaubt das russische Organ bejahen zu können.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ würde sich mit dem „Nord“ freuen, wenn dem so wäre; in jedem Falle mocht sie bedenken oder darauf aufmerksam, daß bei der redaktionell komplizierten Frage, die juristisch gar nicht zu lösen, sondern nur politisch zu behandeln ist, die Initiative für die Lösung des Gegenstandes zwischen Italien und Frankreich auf französischer Seite allein gesucht werden muß, so daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ also wohl im Rechte war, wenn sie Frankreich für den Ausbruch des Zerwürfnisses verantwortlich machte. Das habe auch der „Nord“ in seiner Weise zu verstehen verstanden. Der überzeugenden Beweis für die Berechtigung ihrer Behauptung findet die „Nordd.“ schon darin, daß Frankreich nicht das mindeste eigene Interesse weder an der Senkung eines Stützpunkts nach Majana, noch an dem Projekte gegen das Bonaparte'sche Italien hat. Frankreich habe nämlich so gut wie gar keine Bundesinteressen in Majana zu vertreten — es leben dort nur zwei Franzosen, keine Leute, für die allein unter gewöhnlichen Verhältnissen förmlich kein Konsul eingeweiht worden wäre — und indem Frankreich die in Majana anhängigen Geschieden unter seinen Kommandirung nahm und zum Projekte gegen die Belagerung bezog, daß es etwas, wofür gar kein anderer Grund ersinnbar ist, als der Wunsch, sich an Italien zu reiben.

Der „Nordd.“ ist es daher in gewissem und weit hergeholt, und der große Vorgang führt somit zum Schluß, daß Frankreich die Initiative an unter den Majana'sten ist, die den geringsten Theil auf die Erhaltung des europäischen Friedens zu haben, und die Verantwortung für den Ausbruch seiner Feinde geeignet erscheinende Gelegenheit wiederzugeben läßt, um denselben zu beunruhigen.

In der deutsch-freijünglichen Presse läßt sich neuerdings gegenüber den schulpolitischen Forderungen der Ultramontanen mitunter ein sehr entschiedener Ton der Abwehr vernehmen. So lesen wir in der „B. Ztg.“:

Die Geschichte aller Zeiten hat nur zu deutlich gezeigt, daß die ultramontane Partei die Freiheit nur als Mittel zu ihren ihm dienlichen Zwecken. Uebrigens, wo die Partei herrscht, ist von Freiheit nicht mehr die Rede. Eine Partei, welche der Freiheit und dem Glauben verleiht, über das Maß hinausausgehen, und den Glauben in die Abgründe des Dogmas herzt, kann in Fragen des Unterrichts niemals eine Gemeinshaft mit dem Liberalismus haben. Jeder Eingriff der Kirche in die Schule wird von uns als ein Zeichen der verwerflichen Maßregel, welche der Staat zulassen könnte, empfunden und bekämpft werden. Es ist daher, daß der Kontram ohne weiteres alle politischen und kirchlichen Fragen offen würde, wenn es die Macht über die Schule eingeräumt erhielte.

Wenn das den Deutschfreijünglichen nur nicht ein Dutzend Mandate kostet! ruft die Nationalliberale Corr. aus.

Dem Vernehmen nach geht man gegenwärtig in den Kreisen der preussischen Bergwerksintereffenten mit dem Plane an, eine Petition an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten, in welcher mit Bezugnahme auf die vom Minister in der letzten Session des preussischen Abgeordnetenhauses genehmigten Anknüpfungen um die Beseitigung der Bergwerkssteuer gebeten wird.

Ueber den wenig vorteilhaften Einfluß, welchen die Mode auf die Stetigkeit der Produktion ausübt, befragt sich der jenseit erschienen Bericht der Handelskammer für Oberbayern auf das Jahr 1887. In demselben wird ausgeführt:

Man jemals hat die Mode so schnell gewechselt als in der jüngsten Zeit; der übertriebenen Fortschritt, in jeder Branche ist es anzusehen, daß der meiste Gewinn, das Neue dem Alten vorzuziehen, in übertriebener Weise Vorhanden geleitet wird. Die Händler suchen sich bei dem laufenden Geschäft den Rang dadurch abzulassen, daß sie immer mehr und mehr zu rasch und unmaßlich Neues bringen, als es auch noch so gut und preiswerth gewest, vorzeitig bei Seite legen. Dieser Unmaß hat ungemein erschwerend für die Fabrikation, welche man in ihrer Produktion nicht mehr zur Ruhe kommen läßt und deren Betrieb sich dadurch immer mehr kompliziert und vertieft.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht den Wortlaut der Verordnung betreffend die Rechtsverhältnisse der Landesbeamten in den Schutzgebieten von Kamerun und Togo.

Es ist die Rede davon, daß für die öfter eichliche ungarische Volkshaus zu Berlin ein eigenes Haus erworben soll.

Frankreich. Die Wiederbildung des ehemaligen Commune-Generals Cudés zu Paris ging anfänglich in großer Ruhe vor sich. Da aber an der Ecke des Boulevard Voltaire mehrere rote Fahnen entfalt wurden, schritten die Stabgardien ein und nahmen diese aufreißerischen Zeichen weg. Es waren für die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung sehr entscheidende Maßnahmen getroffen. Die Stabgarde hatte Befehl, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wenn ihr Leben bedroht würde, dieselbe würde vom Militär unterjert und leeres sollte die Menge angreifen, falls dies erforderlich wäre.

Die Arbeiterbörse war geschlossen und militärisch besetzt.

An der Verabingung wurden etwa 15000 Personen in die Arbeiterbörse - Arbeiterbörse - Arbeiterbörse in Anspruch genommen. Der Tag leide sich unter den Dänen: „Es lebe die Commune!“ um 11 Uhr in Bewegung. Die streikenden Arbeiter, Stelmer und Arbeitergehilfen nahmen an dem Tage Theil. Der Präsidenten an der Ecke des Boulevard Voltaire mehrere rote Fahnen entfalt wurden, schritten die Stabgardien ein und nahmen diese aufreißerischen Zeichen weg. Es waren für die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung sehr entscheidende Maßnahmen getroffen. Die Stabgarde hatte Befehl, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wenn ihr Leben bedroht würde, dieselbe würde vom Militär unterjert und leeres sollte die Menge angreifen, falls dies erforderlich wäre.

Die Arbeiterbörse war geschlossen und militärisch besetzt. An der Verabingung wurden etwa 15000 Personen in die Arbeiterbörse - Arbeiterbörse - Arbeiterbörse in Anspruch genommen. Der Tag leide sich unter den Dänen: „Es lebe die Commune!“ um 11 Uhr in Bewegung. Die streikenden Arbeiter, Stelmer und Arbeitergehilfen nahmen an dem Tage Theil. Der Präsidenten an der Ecke des Boulevard Voltaire mehrere rote Fahnen entfalt wurden, schritten die Stabgardien ein und nahmen diese aufreißerischen Zeichen weg. Es waren für die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung sehr entscheidende Maßnahmen getroffen. Die Stabgarde hatte Befehl, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wenn ihr Leben bedroht würde, dieselbe würde vom Militär unterjert und leeres sollte die Menge angreifen, falls dies erforderlich wäre.

Nach den Wählern sind etwa 50 Personen, darunter mehrere Konservativen und Stabgardien, verhaftet und etwa 25 Personen verhaftet worden. Nachher wurde nach der Verabingung von einer revolutionären Gruppe ausgepfiffen, welche rief: „Wieder mit Knochent, wieder mit Boulanger!“ Die Ordnung scheint jetzt wieder hergestellt zu sein.

Die Arbeiterbörse war geschlossen und militärisch besetzt. An der Verabingung wurden etwa 15000 Personen in die Arbeiterbörse - Arbeiterbörse - Arbeiterbörse in Anspruch genommen. Der Tag leide sich unter den Dänen: „Es lebe die Commune!“ um 11 Uhr in Bewegung. Die streikenden Arbeiter, Stelmer und Arbeitergehilfen nahmen an dem Tage Theil. Der Präsidenten an der Ecke des Boulevard Voltaire mehrere rote Fahnen entfalt wurden, schritten die Stabgardien ein und nahmen diese aufreißerischen Zeichen weg. Es waren für die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung sehr entscheidende Maßnahmen getroffen. Die Stabgarde hatte Befehl, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wenn ihr Leben bedroht würde, dieselbe würde vom Militär unterjert und leeres sollte die Menge angreifen, falls dies erforderlich wäre.

Italien. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Rom, daß auch die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu dem Standpunkte Italiens in der Majana-Frage abzugeben habe.

Russland. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bemerkt den jüngsten Nachrichten der meisten Berliner Zeitungen über die politische Lage unter der Regierung des Kaisers Wilhelm, dieselben tragen ohne eine Erwähnung der Ereignisse zu geben, eine allgemeine Uebereinstimmung dahin erkennen, daß die Entwurf zu Peterhof ein vollständig friedliches Resultat ergeben habe.

Ober und Marine. An Personalveränderungen in der Armee werden — man bemerkt: General der Kavallerie und Generaladjutant von Albrecht in unter Befehl in seiner Stellung als Generaladjutant auf seinen Wunsch von der Stellung als Chef des Militärkabinetts abtreten, à la suite des Russen.

* Diesen Aufsatz des hervorragenden freikonservativen Reichstagsabgeordneten veröffentlicht das „Deutsche Volksblatt“.

Erweiterte Preise des Rohgoldes von 100 Niro netto ...

Währungsberichte. Berlin, 8. August. Die heutige Sitzung, in welcher die heutige Börse eröffnete, wurde wesentlich auf die Währungsangelegenheiten zurückgeführt.

Waren- und Produktberichte.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ... Getreidepreise. Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

7. August. 4. August. 2. August. 1. August. ...

Getreidepreise. Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise. Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Getreidepreise.

Berlin, 8. August. Weizen 1000 Kilogr. loco ...

Berliner Börse vom 8. August.

Table of stock prices for various companies and bonds on the Berlin stock exchange.

Österreichische Eisenbahn-Prioritäts Obligationen.

Table of prices for Austrian railway priority bonds.

Umsatzumsatz-Course.

Table of exchange rates for various currencies.

Preussische und deutsche Fonds.

Table of prices for Prussian and German government bonds.

Preussische Eisenbahn-Prioritäts Obligationen.

Table of prices for Prussian railway priority bonds.

Gold, Silber und Papiergeld.

Table of prices for gold, silver, and paper money.